



**A11**

## **Antrag**

**Initiator\*innen:** CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

**Titel:** Studentischer Wohnraum? Jetzt!

### **Antragstext**

Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

“Eine wichtige Säule der materiellen Absicherung ist die Schaffung von bezahlbarem und adäquatem Wohnraum. Der private Wohnungsmarkt ist von hohen Preisen und langen Wartezeiten gekennzeichnet und viele Studierende haben daher gerade am Anfang ihres Studiums Probleme damit günstigen und geeigneten Wohnraum zu finden. Die Folge kann sein, dass Studierende unter prekären Bedingungen wohnen oder mit hohem Aufwand Pendeln müssen. Im schlimmsten Fall müssen Studierende ihr Studium abbrechen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass es zukünftig studentischen Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität gibt. Die konsequente Nutzung von leerstehenden Flächen, gegebenenfalls durch Enteignung und Vergesellschaftung, ist ein probates Mittel, um Spekulantentum ein Ende zu setzen und damit der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Die bestehende Mietpreisbremse muss durch einen Mietendeckel ersetzt werden, sodass Mieter\*innen Sicherheit haben, nicht im Zuge von Mieterhöhungen aus finanzieller Not heraus ihre Wohnung verlassen zu müssen. Da Studierende häufig auch sehr kurzfristig auf Wohnraum angewiesen sind, muss außerdem das Angebot an Notversorgung und temporärem Wohnraum aufgestockt werden. Um alle Potenziale ausschöpfen zu können, muss Studierenden ein niedrigschwelliges Wohnraum Beratungsangebot zur Verfügung stehen, welches auch mietrechtliche Fragestellungen in den Blick nimmt. Für uns ist klar: der Markt hat beim Wohnraum versagt. Es braucht starke staatliche Eingriffe und Vergesellschaftungen. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit Hausbesetzungen, die auf die Missstände des Wohnungsmarktes aufmerksam machen. Wohnen ist ein Menschenrecht und darf kein Luxus sein.”

## **Begründung**

Gerade die Wohnungsnot unter Studierenden spitzt sich zu. Verfügbarkeit und Preis einer potenziellen Wohnung dürfen nicht über die Wahl der Studienstadt entscheiden. Dies gilt es zu verhindern.

Weitere Begründung mündlich.